

GÖTTINGER BLÄTTER

12.2020

Herausgeber: Die LINKE. ☆ Rotes Zentrum e.V. ☆ DKP ☆ FG BRD-Cuba ☆ VVN/BDA ☆ GROBIAN ☆ Göttinger Linke

► Wohnungsnot

In Göttingen fehlen tausende bezahlbare Wohnungen. Dies bescheinigen seit Jahren Gutachten wie die des Hamburger GEWOS-Instituts. Nach dessen Empfehlung will die Stadtverwaltung erreichen, dass bis zum Jahr 2030 die Zahl um 3.900 wächst. Bezahlbar meint bis 6,10 Euro/qm Nettokaltmiete für niedrige und bis 7,50 Euro/qm für mittlere Einkommen. Bis jetzt zeichnet sich nicht ab, dass die Stadt dieses Ziel erreichen würde. Es werden eher Wohnungen in großer Zahl verteuert, wie z.B. in Grone, als dass die Zahl der bezahlbaren Wohnungen steigt. Welche Rolle riesige Wohnkomplexe wie das Iduna-Zentrum und der Klotz bei der Groner Landstraße 9 oder auch der Hagenweg 20 auf dem Göttinger Wohnungsmarkt spielen, wurde zuletzt in der Ratssitzung vom 10. Juli deutlich. Dort teilte der Oberbürgermeister mit, wenn man diese Schrottimobilien „räumen lassen müsse, benötige man dringend sozialen Wohnraum an anderer Stelle“ (Zitat aus dem Sitzungsprotokoll).

„Schrottimobilien“: Lebendig in der Goldgrube begraben

Aus den oben erwähnten Wohnkomplexen ziehen die Besitzer nach einem speziellen Geschäftsmodell sehr viel Geld:

Möglichst viele Mieter*innen werden auf möglichst wenigen Quadratmetern zusammengepfercht. Der Landkreis zahlt entsprechend den Richtlinien der „Kosten der Unterkunft“ (KdU) die Miete für Menschen mit niedrigem Erwerbseinkommen, für Erwerbslose, Sozialhilfeberechtigte, Opfer von Altersarmut oder Geflüchtete, die auf Unterstützungszahlungen angewiesen sind. Das ist für eine beliebig kleine Wohnung in beliebigem Zustand ein Betrag, dessen obere Grenze ausschließlich davon abhängt, wie viele Menschen in der Wohnung als Mieter angemeldet sind. Wenn z.B. zwei Elternteile und vier Kinder (also sechs Personen) auf 39 qm leben, dann kann der Vermieter entsprechend der Angemessenheitsgrenzen für Kosten der Unterkunft (KdU) für diese „Wohnung“



Göttinger Demo gegen Wohnungsnot 2014

958 Euro Bruttokaltmiete verlangen. Die geringe Quadratmeterzahl bzw. der mangelnde Platz für diese Menschen spielt für die Miethöhe nach den Regularien des Landkreises gar keine Rolle.

Die Vermieter haben jegliche Wartungen und Instandhaltung auf das allerletzte Minimum heruntergeschraubt. Das steigert noch einmal den Gewinn. Diese Schrottimobilien sind daher für den spekulativen Wohnungsmarkt die reinsten Goldgruben. Die Bewohner in den riesigen Komplexen können sich nicht dagegen wehren, wenn der Vermieter die Gebäude herunterkommen lässt. Inzwischen beschränkt sich die Instandhaltung und öffentliche Fürsorge im Wesentlichen darauf, dass ab und zu die Feuerwehr oder auch ein Rettungswagen kommt, weil die Menschen in diesen Wohnverhältnissen seelisch und körperlich zugrunde gehen.

Leben in diesen Wohnverhältnissen macht krank

Ein Gedankenexperiment: Wie würde es Dir gehen, wenn Du Deinem Vermieter mitteilst, dass im Hausflur das Licht ausgefallen ist, dass eine Tür zerbrochen ist, dass eine Flurtür klemmt usw. - und es kümmert sich niemand darum, auch nicht nach Wochen? Würdest Du nicht auch resignieren? Und wenn Du nicht einfach ausziehen und Dir etwas anderes suchen kannst? Das Einzige, was Du erfährst, wenn Du den Vermieter hartnäckig zur Abhilfe aufforderst, ist, dass der bürokratische Apparat des Investors in Gang kommt, um Dich abzuwimmeln und zu konstruieren, dass er es nicht nötig

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2020.php

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Wohnungsnot	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreisverband	7
DIE LINKE. Landesverband	8
Rotes Zentrum e.V.	9
Göttinger Linke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Leserbrief	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 01.2021
ist voraussichtlich der 10.
Dezember.
Benachrichtigung per Email

hätte, diese Instandhaltungsarbeiten zu erledigen. Was passiert aber mit einem Menschen, wenn eine solche Wohnumgebung seinen Alltag prägt? Teilweise sind solche demütigenden Verhältnisse, wenn Journalisten einmal den Dingen intensiv nachgegangen sind, durch Berichte in Fernsehen und Zeitschriften z.B. aus Berlin-Neukölln bundesweit bekannt geworden. In diesen Gebäuden bleiben schließlich besonders die Menschen, die, so sehr sie sich auch bemühen, mit ihren Handicaps keine andere Wohnung finden. Ghettoisierung eben.

Der Fehler: „Subjekt- statt Objekt-Förderung“

Nicht nur in Göttingen, sondern auch bundesweit ist die Anzahl an sozial gebundenen Wohnungen massiv zurück gegangen.

(...) Fortsetzung auf Seite 12



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

Samstag, 5.12.2020, 15.00 Uhr

(Wiederholungen am 12.12.2020, 27.01.2021,
30.01.2021)

KZ-Gedenkstätte Moringen, Lange Str. 58, Moringen

Führung zu den Moringen Konzentrationslagern — Schwerpunkt Jugend-KZ

Aufgrund der begrenzten Teilnehmer*innenanzahl ist eine Anmeldung erforderlich: info@gedenkstaette-moringen.de
Tel: 05554 - 25 20

Veranstaltet von der KZ-Gedenkstätte Moringen

Anfang April 1933 wurde in Moringen eines der ersten KZ des NS-Staates errichtet. Von Oktober 1933 bis März 1938 existierte ein Frauen-KZ. Inhaftiert waren Frauen aus dem politischen Widerstand, aber auch Zeuginnen Jehovas. Von 1940 bis 1945 bestand in Moringen ein Jugend-KZ. Sozial, „rassisch“, religiös oder politisch verfolgte männliche Jugendliche waren hier SS-Terror, Zwangsarbeit, Hunger und drakonischen „Erziehungsmethoden“ ausgesetzt. Samstag, 7.11.2020, 15.00 Uhr

Samstag, 05.12.2020, 18 Uhr

(Wiederholung: Freitag, 25.12.2020, 18 Uhr)

Im Stadtradio Göttingen und nach den genannten Sendeterminen an dieser Stelle zum Nachhören

Weiblicher Widerstand gegen das NS-Regime — Antifaschistinnen der NS-Zeit in Sachsen

Veranstaltet von f_act

Im Gespräch wird ein Überblick über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Sachsen vermittelt bzw. auf bestehende Forschungslücken aufmerksam gemacht. Repräsentanz von Frauen in den später widerständigen Milieus vor 1933 und der Rolle von Frauen im Widerstand werden ebenso thematisiert wie Faktoren ihrer weitgehenden Unsichtbarmachung. Wolf Meyer vom Educat-Kollektiv arbeitet seit Jahren zu Nationalsozialismus und Widerstand in der Region, sowohl

in der Archiv-Recherche als auch als Guide im Elbsandsteingebirge.

Dienstag, 8.12.2020, 19.30 Uhr

Gemeindesaal der Ev.-reformierten Gemeinde,
Untere Karspüle 11, 37073 Göttingen

Mod Helmy — Wie ein arabischer Arzt in Berlin Juden vor der Gestapo rettete

Lesung und Diskussion mit Igal Avidan (Journalist)

Veranstaltet von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e.V.

Der Arzt Mod (Mohamed) Helmy wurde von den Nationalsozialisten als »Nichtarier« diskriminiert und als Ägypter inhaftiert. Trotzdem half er jahrelang einer jüdischen Familie, sich vor der Gestapo zu verstecken. Mitten in Berlin gelang es ihm sogar mithilfe von Hitlers Intimfreund, dem Mufti von Jerusalem, eine Jüdin als Muslima in Sicherheit zu bringen. Der Journalist Igal Avidan fand Helmys ehemalige Patienten, besuchte seine Verstecke und zeichnet seine einzigartige Geschichte nach.

Dienstag, 15.12.2020, 18.00 Uhr

Gemeindesaal der St. Michael Gemeinde, Turmstr. 6, Göttingen. Falls es die Pandemiesituation erfordert wird diese Veranstaltung online durchgeführt. In diesem Fall wird der Link nach Anmeldung bekannt gegeben.

Sartorius im Nationalsozialismus

Buchvorstellung mit Dr. Manfred Grieger
Aufgrund der begrenzten Teilnehmer*innenanzahl ist eine Anmeldung erforderlich:

goettingen@bw-verdi.de
Tel: 0551 - 47 188

Veranstaltet von: Bildungswerk ver.di, Region Göttingen

Der Sartorius-Konzern ist heute ein führender Partner der biopharmazeutischen Forschung und Industrie und wurde 1870 von Florenz Sartorius als feinmechanische Werkstatt gegründet. Dr. Manfred Grieger, Honorarprofessor an der Georg-August-Universität, hat erstmals die Unternehmens- und Unter-

nehmensentwicklung bei Sartorius in der Zeit des Nationalsozialismus untersucht. In seinem Buch stellt er den Übergang des Unternehmens in die NS-Diktatur, die sich in der Kriegswirtschaft verändernde Rolle des Unternehmens und die zunehmende Bedeutung der bei Sartorius für die Rüstungswirtschaft gefertigten Produkte vor. Der Autor geht auch auf den Einsatz von Zwangsarbeitern ein und beschäftigt sich mit den Entnazifizierungsverfahren des Leitungspersonals, die ein exemplarisches Licht auf die individuelle Vergangenheitsbewältigung ökonomischer Eliten werfen.

Mittwoch, 16.12.2020, 19.00 Uhr

Online (Infos unter www.ran.eu.com)

Das Leid der Roma in Jugoslawien während des Holocaust

Veranstaltet von Roma Center e.V.

Mit der Bombardierung Belgrads im April 1941 und der anschließenden Besetzung und Aufteilung Jugoslawiens durch die Deutschen und ihre Verbündeten begann die Verfolgung der Roma. Einer der wenigen Historiker, die sich damit grundlegend auseinandergesetzt haben, ist Milovan Pisarri. Das Roma Center spricht mit ihm über die Geschichte des Genozids (Porajmos) gegen Roma in Jugoslawien — ein kaum bekanntes und von der Forschung weitgehend ignoriertes Thema. Die Veranstaltung findet am Jahrestag des Auschwitz-Erlasses statt, der 1942 die reichsweite Erfassung und Deportation der Roma und Sinti in das Vernichtungslager anordnete.

Erklärung der Bundesvereinigung der VVN-BdA zu den sich häufenden NS-Verharmlosungen und antisemitischen Vereinnahmungen der sogenannten „Querdenker“;

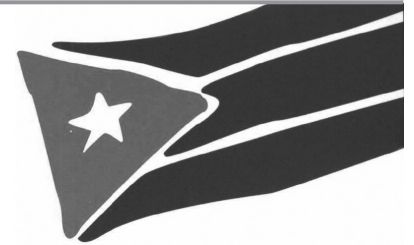
<https://vvn-bda.de/nein-zu-geschichtsrevisionistischen-faschismus-vergleichen/>

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

Dienstag 08. Dezember 20.00 im Berliner Hof
(sofern es die Corona-Maßnahmen zulassen –
Interessierte wenden sich an goettingen@fgbrdcuba.de)



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Welche Veränderungen bringt der Ausgang der Wahlen in den USA mit sich?

Es ist bedauerlich, dass in unserer Welt das Ergebnis der Wahl eines einzigen Landes den Rest der Welt in Aufregung versetzt. Alle verfolgten die Stimmenausszählung, als ginge es um unser Leben

Autor: Karima Oliva Bello | internet@granma.eu

Ich bin froh, dass Donald Trump nicht noch vier Jahre mit dem Finger am Abzug sitzt, was eine weltweite Katastrophe auslösen und darüber hinaus mein Land brutal ersticken könnte. Er war ein Ausdruck dafür, wie weit der Kapitalismus in seiner Neigung gehen kann, den Menschen um des Profits willen zu verachten. Mit diesem Verhalten werden wir uns nicht mehr befassen müssen, und ich bin erleichtert.

Aber ich bin auch bestürzt darüber, dass in unserer Welt das Ergebnis der Wahl eines einzigen Landes den Rest der Welt in Aufregung versetzt. Alle verfolgten die Stimmenausszählung, als ginge es um unser Leben. Das konstatiere ich und es macht mich nicht froh. Wird das Ergebnis dieser Wahl diese ungerechte und ungleiche Weltordnung verändern, die die Mehrheit von uns dem Schicksal einiger weniger Magnaten unterworfen hat? Ich bin nicht euphorisch: Ich bin mir sehr wohl der Widersprüche bewusst, die wir durchleben, und all dessen, was im Zeitalter, das wir durchleben, in Gefahr ist.

Es ist zu hoffen, und das ist ein guter Wunsch, dass eine Zeit der Entspannung in den Beziehungen zu den USA kommt und dass innerhalb gewisser Grenzen der Verständigung Offenheit für den Dialog herrscht. Aber wird die neue Regierung das Delirium hinter sich lassen, zu glauben, sie habe den Auftrag, die Welt zu führen, diejenigen als Diktatur zu etikettieren, die beschließen, sich nicht an ihren gescheiterten Demokratiekanon zu halten und anzunehmen, eingreifen zu müssen, um politische Regime zu ändern, die nicht ihren wirtschaftlichen Interessen entsprechen? Wird sie aufhören, sich einzubilden, dass es an ihnen liegt, die vermeintliche Demokratie nach Kuba zu bringen? Man sollte nicht euphorisch sein, sicherlich wird es auf Seiten meines Volkes ein kritisches

Bewusstsein und klares Denken geben, um das Wesen des Augenblicks zu erfassen, Überzeugungen ebenso wie eine Bereitschaft zum Dialog und natürlich eine Ethik für die diplomatischen Beziehungen und eine moralische Größe, die wie immer beispielhaft sein sollen.



Ohne aufzuhören, mich über den Abgang des derzeitigen Regierungschefs zu freuen, hebe ich mir also meine Euphorie, diesen göttlichen Höhepunkt, für den Tag auf, an dem die Völker der Welt, einschließlich meines eigenen, nicht der Gewalt eines Systems unterworfen sein müssen, das auf der Ausbeutung der Mehrheit zum Nutzen der Wenigsten beruht. Für den Tag, an dem der IWF und die Weltbank aufhören, Erpressungsmechanismen zum Nutzen der Elite einiger weniger Reicher zu sein. Für den Tag, an dem der Beschluss jedes Volkes, über sein eigenes Schicksal zu entscheiden, voll respektiert wird und sich niemand mehr in seine inneren Angelegenheiten einmischt. Für jenen Tag, an dem Hunderte von Millionen nicht mehr zu Unrecht in das abscheulichste Elend gestürzt werden. Für den Tag, an dem Hunderte von Millionen Kindern, die dies jetzt nicht tun, wieder lernen können, anstatt praktisch Sklavenarbeit zu verrichten. Für den Tag, an dem Afroamerikaner im Norden nicht mehr ungestraft erschossen werden und Afrikaner in einem Kontinent, aus dem

weiterhin alle Arten von Reichtümern für die Wenigsten abgeführt werden, Opfer von Krankheiten werden. Für jenen Tag, an dem die USA nicht mehr mit Hilfe der NATO und des Westens Kriege führen, in denen Hunderttausende unschuldiger Menschen getötet werden, nur damit sich die Wenigsten von ihnen ihre Taschen füllen können. Für den Tag, an dem mehr in Medizin, Schulen und Nahrungsmittel als in Massenvernichtungswaffen investiert wird. Für den Tag, an dem die Völker nicht mehr durch transnationale Konzerne vertrieben werden. Für jenen Tag, an dem palästinensische Kinder nicht weiterhin von dem schändlichen Israel massakriert werden. Für den Tag, an dem das beschleunigte Tempo der Produktion und des Konsums auf einem Planeten, auf dem heute viele vor Hunger sterben, das Leben auf der Erde nicht bedroht. Für den Tag, an dem die Blockade meines Landes bedingungslos aufgehoben wird und wir ohne einen ausländischen Marinestützpunkt, der unser Territorium usurpiert, oder wirtschaftliche Strangulierung jeglicher Art vorankommen können, um weiterhin die Gesellschaft aufzubauen, die wir wollen.

Der Tag, an dem der Kapitalismus, dieses brutale System, aufhört, den Armen der Erde, der Mehrheit, den 99%, Gewalt anzutun. An einem Tag wie heute frage ich mich, ob die neue Regierung des Landes, das dessen Mission zur Führung der Welt selbst proklamiert, wohl dazu beitragen wird?

Soeben neu erschienen:

CUBA LIBRE 4-2020

Zeitschrift der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.:

www.fgbrdkuba.de/cl/cl-2020-4.php



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com , goettingen@dkp-niedersachsen.de

▶ Licht und Schatten

Noch einmal zum Tarifabschluss im öffentlichen Dienst

Nach einer Marathonverhandlung hat die Gewerkschaft ver.di Ende Oktober in eigenen Worten „einen respektablen Tarifabschluss in schwierigen Zeiten“ für die 2,3 Millionen Beschäftigten im Öffentlichen Dienst vereinbart.

Positiv wird sich das Ergebnis vor allem für die Beschäftigten in der Pflege auswirken. Ihr Berufsbild wird aufgewertet. Diese Aufwertung erfahren allerdings nicht alle Beschäftigten in den Krankenhäusern, was ein großer Schwachpunkt ist. Zu den offensichtlichen Schwächen des Ergebnisses gehört zudem die lange Laufzeit von 28 Monaten mit sieben Nullmonaten zu Beginn. Die erste Erhöhung des Entgelts gibt es erst im April 2021 mit 1,4 Prozent, mindestens aber 50 Euro als sozialer Komponente.

Eine Reihe von Angriffen konnte abgewehrt werden. Die Forderung der Arbeitgeber, insbesondere des Bundes unter Führung von Bundesinnenminister Horst Seehofer nach Verschlechterungen der Eingruppierungsbedingungen, konnte – selbst wenn diese Drohung nur taktischer Natur gewesen sein sollte – in dieser Tarifrunde noch verhindert werden. Positiv ist auch, dass ver.di eine soziale Komponente, nämlich eine höhere Tarifsteigerung für die unteren Tarifgruppen, erreicht hat. Auch die Corona-Sonderzahlung wird sich in den Portemonnaies der Kolleginnen und Kollegen positiv bemerkbar machen. Allerdings war sie längst fällig und kann nicht als Kompensation für die sieben Nullmonate herhalten.

Dieses Ergebnis musste trotz seiner Schwächen gegen Kapital- und Regierungsvertreter, die ver.di und die streikenden Belegschaften am langen Arm verhungern lassen wollte, erkämpft werden. Geschätzt haben mehr als 100.000 Kolleginnen und Kollegen die Arbeit niedergelegt und sich zu Streikkundgebungen unter Corona-Bedingungen zusammengefunden. Insbesondere in den Krankenhäusern waren Beteiligung,

Motivation und Organisiertheit größer als bei vorangegangenen Arbeitskämpfen. Diese Streikbereitschaft in Pandemiezeiten hatte die Gegenseite deutlich unterschätzt. Gleichzeitig war Corona mit steigenden Infektionszahlen der dritte Verhandlungspartner am Tisch. Vor allem in den Tagen vor der dritten Verhandlungsrunde hatten die Medien begonnen, die Kolleginnen und Kollegen für die Wahrnehmung ihres Grundrechts auf Streik in den Krankenhäusern, Kindertagesstätten, Verwaltungen, bei der Abfallwirtschaft und im ÖPNV zu diskreditieren.

Wirklich problematisch ist vor allem die lange Laufzeit von 28 Monaten. Zum einen frisst die Inflation in dieser langen Zeitspanne die Entgelt erhöhungen auf. Es wird also zu einem Reallohnverlust kommen. Zum anderen wird sich die lange Laufzeit negativ auf die Mitgliederzahlen auswirken, denn Mitglieder werden im Wesentlichen in aktiven Tarifrunden gewonnen. Die kommunalen und Bundesarbeitgeber haben mit der wirtschaftlichen Entwicklung und Einkommensverlusten in den öffentlichen Haushalten durch Corona argumentiert. Sich dieses Argument der leeren Kassen zu eigen zu machen, wenn gleichzeitig Milliarden für die Unternehmen und die Kriegskassen sprudeln, dient nicht den Interessen der Beschäftigten.

Eine echte Aufwertung aller in den Krankenhäusern beschäftigten Kolleginnen und Kollegen wäre ebenso notwendig gewesen wie eine deutliche Verbesserung für andere Bereiche im Öffentlichen Dienst, die weniger kampfstark sind. Natürlich können nur die jeweils von Tarifikämpfen betroffenen Beschäftigten Entgeltverbesserungen in ihren Bereichen und Branchen erkämpfen. Dennoch ist dieser Tarifabschluss nun ein Maßstab für alle anderen Branchen, der nur schwer zu überwinden sein wird. Es gilt nun nicht nachzulassen, den gestiegenen Kampfgeist auch angesichts der offensichtlichen Wider-

Mitgliederversammlungen im Dezember

1. Dezember:

Diskussion zum Ausgang der US-Wahlen und den Folgen für die Bundesrepublik

15. Dezember:

„Von Engeln und Engels“

Betrachtungen zum 200. Geburtstag von Friedrich Engels

Alle MV'en finden jeweils um 20.00 Uhr im Foyer des Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt. Wenn zu viele TeilnehmerInnen kommen sollten, können wir in den Saal der Rote Hilfe ausweichen.

sprüche in dieser Krise zu nutzen, weiter zu diskutieren und zu kämpfen: Für mehr Personal, kürzere Arbeitszeiten und bessere Arbeitsbedingungen. Eine Erhöhung des Personals in den Krankenhäusern ist entsprechend des tatsächlich vorhandenen Bedarfes mittels einer Personalbemessung notwendig. Mit den bestehenden Fallpauschalen ist das nicht zu machen – sie müssen weg. Nach der überfälligen Angleichung der Arbeitszeiten von Ost an West muss endlich die Forderung über eine grundlegende Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich verhandelt werden – 30 Stunden die Woche sind genug. Und es geht um den Kampf gegen Privatisierungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge.

In den kommenden Tarifaueinandersetzungen – für 2021 werden die Löhne von 12 Millionen Menschen in diesem Land neu verhandelt – werden alle linken Organisationen hoffentlich an die beiden Haupterfahrungen dieses großen Konflikts anknüpfen: Auch unter Krisenbedingungen lohnt es sich, zu kämpfen und zweitens: Tarifkonflikte werden nicht nur durch die Kolleginnen und Kollegen in den (warn)streikenden Betrieben entschieden, sondern auch im öffentlichen Raum. In ihm den Kämpfenden den Rücken zu stärken, ist Aufgabe von uns allen.

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, 20.00 Uhr, Jona-Gemeinde, Grone



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Investoren pfeifen auf Verträge – Stadt Göttingen spielt mit! Städtebaulicher Vertrag – Kitaneubau Harzstraße

Gedanken zum Stand der Dinge:

In Grone Süd soll lt. städtebaulichen Vertrag (SV) durch die ADLER REAL Estate (ARE) eine Kita errichtet werden (s. Kasten), die in diesem Stadtteil dringend benötigt wird. Umso mehr, als rd. 200 neue Wohnungen gebaut werden sollen, aufgestockt auf die vierstöckigen Häuser in Grone- Süd und -Nord. Deshalb ist sicherlich auch der Termin des Baubeginns in den SV aufgenommen worden. Der war für den 30.06.2020 terminiert.

Bisher ist auf dem ausgewiesenen Gelände in der Harzstraße nichts von Bautätigkeit zu sehen. Deshalb hatte Hendrik Falkenberg, für die Göttinger Linke im Ortsrat Grone, im September eine Anfrage gestellt. Antwort der Verwaltung: Baugenehmigungen, auch für die Aufstockungsmaßnahmen wurden erteilt. Es kämme aber – lt. Investor.- zu Verzögerungen und diese beträfen dann auch die Kita.

Auch die Ratsfrau Bärbel Safieh, Göttinger Linke, hat im Sozialausschuss zur Verbindlichkeit der SV'en nachgefragt. Die Antwort der Verwaltung, die SV'en seien hinreichend verbindlich. Verwiesen wird auf ein gewisses Maß an Flexibilität, das erforderlich und auch angebracht sei, um auf „unvorhergesehene Hemmnisse“ angemessen reagieren zu können und (Höhepunkt der Antwort) der Investor „strebt an“ und „bemüht sich“ derzeit um eine entsprechende Anpassung der technischen Abläufe. (Wenn das in einem Zeugnis stände, braucht sich der entsprechende Mensch eigentlich nicht mehr zu bewerben).

Die Inbetriebnahme der Kita ist laut Kitabedarfsplan für 2022 geplant. Es bleibt eine große Skepsis, ob das „Streben und die Bemühungen“ zum gewünschten Erfolg führen werden. Der Grund dieser Skepsis liegt



Harzstraße / Süntelweg

(Foto: gusi)

Hier müssten seit dem 30 Juni längst Bagger etc. zu sehen sein. Wir erinnern uns? Die SPD im Ortsrat Grone befürwortete den B-Plan, der eigens für die ADLER AG erstellt wurde, nach eigenen Aussagen vor allem, weil der Bau einer KiTa in Grone-Süd im „Städtebaulichen Vertrag“ festgehalten wurde. Baubeginn: Spätestens an 30.6.2020! Pustekuchen! Nie wieder hatte jemand an dieses Datum gedacht, weder die Verwaltung der Stadt und schon gar nicht die SPD in Grone: Papier ist eben geduldig.

Erst als Hendrik Falkenberg im September (!) im Ortsrat Grone danach fragte, fiel es ihnen wie Schuppen aus den Haaren: Vor wenigen Tagen informierte uns der Investor per Telefon ...

► einerseits im bisher gezeigten Verhalten der ARE. Im Umgang mit den Mieter*innen zeigen sich mangelnde Zuverlässigkeit und Verbindlichkeit der Aussagen der ARE, all dies spricht nicht für „Bemühen und Streben“.

► andererseits bei der Stadt Göttingen, die doch ganz offensichtlich die Vereinbarungen aus dem SV nicht im Blick hatte und erst durch die Anfrage von Hendrik Falkenberg aktiv wurde.

Der Bau der Kita Harzstraße wurde als großer Gewinn für den Stadtteil im Ortsrat von der SPD Fraktion gefeiert, dabei ist die Versorgung mit Kitaplätzen eine Aufgabe der Stadt Göttingen, der sie nicht ausreichend nachkommt, obwohl es den Rechtsanspruch für Eltern und Kinder gibt.

(cs)



Aufstellungsversammlung für eine/n Direktkandidatin/-kandidaten für den Wahlkreis 53 Göttingen zur Bundestagswahl

am Mittwoch, 16. Dezember 2020, 19:00 Uhr

im Jungen Theater, Bürgerstr. 15, 37073 Göttingen (Eingang über Gartenstraße)

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Feststellung der Stimmberechtigung der Versammlungsteilnehmer.
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
3. Beschluss der Tagesordnung
4. Wahl einer Versammlungsleitung
5. Wahl einer Schriftführerin / eines Schriftführers
6. Wahl einer Wahl- und Zählkommission
7. Bestimmung von 2 Versammlungsteilnehmer*innen zur Mitunterzeichnung der Niederschrift und der erforderlichen Versicherung an Eides statt
8. Wahl von 2 Vertrauensleuten für den Wahlvorschlag
9. Vorstellung der Kandidat*innen (Fragen an die und Antworten der Kandidat*innen)
10. Wahl der Kandidatin/ des Kandidaten
11. Bekanntgabe des Wahlergebnisses

Der Wahlkreis 53 umfasst den gesamten Landkreis Göttingen mit Ausnahme der Gemeinden Bad Grund, Stadt Osterode am Harz, Samtgemeinde Hattorf und Walkenried. Wahlberechtigt sind diejenigen Parteimitglieder, die ihren Erstwohnsitz im Wahlkreis haben und wahlberechtigt für die Wahl zum Bundestag sind; zudem sind nur Parteimitglieder wahlberechtigt, die seit mindestens 6 Wochen der Partei angehören.

Aufstellungsversammlung für die Wahl der Kandidatin /des Kandidaten für die Landratswahl im Landkreis Göttingen

am Mittwoch, 16. Dezember 2020, 20:00 Uhr

im Jungen Theater, Bürgerstr. 15, 37073 Göttingen (Eingang über Gartenstraße)

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Feststellung der Stimmberechtigung der Versammlungsteilnehmer.
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
3. Beschluss der Tagesordnung
4. Wahl einer Versammlungsleitung
5. Wahl einer Schriftführerin / eines Schriftführers
6. Wahl einer Wahl- und Zählkommission
7. Bestimmung von 2 Versammlungsteilnehmer*innen zur Mitunterzeichnung der Niederschrift und der erforderlichen Versicherung an Eides statt
8. Wahl von 2 Vertrauensleuten für den Wahlvorschlag
9. Vorstellung der Kandidat*innen (Fragen an die und Antworten der Kandidat*innen)
10. Wahl der Kandidatin/ des Kandidaten
11. Bekanntgabe des Wahlergebnisses

Wahlberechtigt sind diejenigen Parteimitglieder, die ihren Erstwohnsitz im Landkreis Göttingen haben und wahlberechtigt für die Wahl des Landrates sind; zudem sind nur Parteimitglieder wahlberechtigt, die seit mindestens 6 Wochen der Partei angehören.

Termine der Ortsverbände:

OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

Freitag, 11. Dezember, 19:00 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.



KV Göttingen/Osterode

Lange Geissmarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: 05 51 - 29 14 05 46

kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Mail: [solid\(at\)solid-goettingen.de](mailto:solid(at)solid-goettingen.de) und bei facebook

Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail: ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Marius Fedry, Tel. 0159 01282354

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

AG Antifa

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0177 8534351

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Elvira Kalusa,
E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de
<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG
IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

DIE LINKE. Kreisverband Göttingen/Osterode

▶ Diether Dehm in Göttingen am 20.10.

Anlässlich der Veranstaltung im Jungen Theater Göttingen „Opfer der Corona-Krise: Menschenrechte und Kultur“ war der mittelstandspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Diether Dehm am 20.10.20 nach Göttingen gekommen und hatte zuvor jeweils Treffen bei der Göttinger Tafel, mit einer Redakteurin beim Stadtradio und mit dem Geschäftsführer des Jungen Theaters.

Das Treffen beim „Tafel Göttingen e.V.“ mit Geschäftsführung und Vorstand sowie Mitgliedern der „Jungen Tafel“ war mehr als nur aufschlussreich. Es ist absolut nötig, stellte Diether im Gespräch in voller Übereinstimmung mit den Vertretern der Tafel heraus, dass es ein breites, Parteien übergreifendes Bündnis zur gesellschaftlichen Aufwertung der Tafeln geben muss. Dies ersetzt keine Sozialpolitik und schon gar keine Umverteilungspolitik. Aber: Die Tafeln haben so wenig Geld (besonders in Corona-Zeiten mit ihrem mobilen Service) zur Verfügung, dass sie neben dem Ehrenamt z.B. nicht immer ihre Fahrer tarifgerecht bezahlen können, was nicht die Schuld der Tafeln ist, die wirklich Großartiges leisten, son-

dern eines Staates, der die Tafeln noch nicht systemisch angenommen hat. Mit mehr öffentlichem Geld könnte verhindert werden, dass tonnenweise verzehrbare Lebensmittel jeden Tag vernichtet werden und stattdessen mehr hungrige Mägen satt würden. Die Tafel Göttingen möchte unbedingt den Kontakt zu unserer Fraktionsvorsitzenden und Verbraucherschutz-Expertin Amira Mohamed Ali und auch zu Fachpolitiker*innen der anderen Fraktionen herstellen.

Das Gespräch beim Göttinger Stadt-Radio kreiste sehr um die prekäre Lage der Kulturschaffenden und Solo-Selbständigen und die Kundgebung „Alarmstufe Rot“ am 28.10. am Brandenburger Tor, die diesen eine Stimme geben und öffentlichen Druck auf die herrschende Politik erzeugen sollte. Dort hatte Diether auch einen Redebeitrag zusammen mit Dieter Hallervorden, und auch das gemeinsam produzierte Corona-Lied wurde als Video gezeigt. Das Gespräch mit dem Geschäftsführer des Jungen Theaters war ausgesprochen freundschaftlich und es wurden sogar ein paar Projekte gemeinsam für die

Zukunft angedacht, wonach Diether noch zwei seiner Bücher als Gastgeschenke überreichte.

Eingangs der Abendveranstaltung im Jungen Theater wurde das Video vom Corona-Lied mit Dieter Hallervorden gezeigt, wonach auch jeder der knapp 30 Zuschauer - in diesen Zeiten eine durchaus respektable Anzahl - wusste, warum es im Folgenden gehen sollte. Nach einigen weiteren Liedern zusammen mit Konzertpianist Michael Letz begann die Diskussionsrunde. Die Diskussion mit unserem früheren Landesvorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden im Landtag Dr. Manfred Sohn (heute DKP), der aus marxistischer Sicht die Krise beleuchtete und Zaklin Nastic (Menschenrechtspolitische Sprecherin unserer Fraktion und neugewählte Landesvorsitzende Hamburg), die Menschenrechtsverletzungen mit Besitz in Verbindung brachte, war sehr lebendig. Wichtig ist die enge Beziehung zwischen der Art, wie Menschen arbeiten und kulturell leben und dies wurde auch materialistisch hergeleitet. Damit Krisen-Opfer bei jenen Bedürfnissen abgeholt werden, die diese auch real empfinden - und nicht mit denen, die wir uns herbeiwünschen, auf dass sie sie gefälligst haben sollen.

Abschließend gab es noch ein paar Lieder von Brecht und am Ende das bekannte Friedenslied „Das weiche Wasser bricht den Stein“ zusammen mit Welislaw und Michael Letz.

DIE LINKE im Kreistag am 19.11.2020:

▶ GVZ Göttingen/Bovenden darf nicht im Raumordnungsprogramm stehen

Mit Erstaunen hat DIE LINKE im Göttinger Kreistag zur Kenntnis nehmen müssen, dass im neuen Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP), das am 2.12. dem Kreistag erstmals zur Beschlussfassung vorgelegt wird, weiterhin das ursprünglich zwischen Lengeln und Holtensen geplante Güterverkehrszentrum (GVZ) Göttingen/Bovenden aufgeführt ist.

Die Planungen für das GVZ wurden seit 2014 nicht mehr weiterverfolgt, das Projekt schien mit dem Willen der verantwortlichen Kommunalpolitiker eigentlich beendet zu sein.

Fraktionsvorsitzender Dr. Eckhard Fascher: „Offensichtlich scheint dies Projekt auf Druck des Landes noch Teil der Raumordnungsplanung zu sein. Hier

wurde damals, an den Bürgerinnen und Bürgern vorbei, ein gigantisches Projekt von 140 ha geplant, das die Lebensqualität in Lengeln und Holtensen durch Lärm und Emissionen erheblich beeinträchtigt hätte. Weder damals noch heute besteht ein Bedarf für ein weiteres GVZ. Auch das GVZ am Siekanger hat weder die versprochenen Arbeitsplätze noch eine Mehreinnahme an Gewerbesteuern gebracht.

Dieses Projekt sollte jetzt endgültig beendet werden. Der Landkreis muss es aus der Raumordnungsplanung herausnehmen!“

Zum RROP: Das RROP legt die angestrebte räumliche Entwicklung für die

Region fest: Es weist beispielsweise Orte aus, auf die sich die Siedlungsentwicklung konzentrieren soll, macht Aussagen zur Entwicklung von Wohn-, Gewerbe- und Industrieflächen oder benennt Bereiche, in denen Natur und Landschaft Vorrang haben. Dabei werden Vorgaben des Landesraumordnungsprogrammes (LROP) Niedersachsen berücksichtigt. (Definition aus: <https://www.regionalverband-braunschweig.de/rrop/>)

Das letzte Raumordnungsprogramm für den alten Landkreis Göttingen stammt aus dem Jahre 2000 und wurde zuletzt 2006 aktualisiert, im Altkreis Osterode gab es das letzte RROP 1998. Das RROP soll in der Kreistagssitzung am 2.12. beschlossen werden.





DIE LINKE. Landesverband Niedersachsen

Presseerklärungen des Landesverbandes vom 05.11.2020:

Schuldenbremse:

► Zukunftsinvestitionen statt Kaputtsparen öffentlicher Infrastruktur

„Es ist weder gerecht noch Ausdruck einer verantwortungsvollen Politik, nachfolgenden Generationen eine marode Infrastruktur zu überlassen. Die Schuldenbremse und die Fixierung auf die ‚Schwarze Null‘ im Haushalt verhindern notwendige Investitionen und verstärken damit den gewaltigen Investitionsstau in Krankenhäusern, Hochschulen, Verkehrswegen und öffentlichen Gebäuden. Gut, dass diese Erkenntnis nun langsam auch in der SPD ankommt“, kommentiert Lars Leopold, Landesvorsitzender der niedersächsischen LINKEN, den Vorstoß von Niedersachsens SPD-Landtagsfraktionschefin Johanne Modder. Angesichts der anhaltenden Corona-Epidemie und ihrer wirtschaftlichen Folgen stellt sie die Schuldenbremse öffentlich infrage.

Diese war 2019 mit den Stimmen der großen Koalition in die Landesverfassung aufgenommen worden. Leopold betont: „Mit der Schuldenbremse hat sich die GroKo in Niedersachsen marode Infrastruktur, Investitionsstau in Krankenhäusern, sanierungsbedürftige Schulen, zu wenig bezahlbaren Wohnraum sowie chronisch unterfinanzierte Kommunen in der Landesverfassung festschreiben lassen. Wir brauchen aber endlich eine Politik, die unseren Kindern einen intakten Sozialstaat, ein gerechtes und erstklassiges Bildungssystem sowie eine funktionierende Infrastruktur hinterlässt. Das wäre echte Generationengerechtigkeit. Die Schuldenbremse, die sogar von führenden Wirtschaftsinstituten kritisiert wird, ist in Wahrheit eine Bremse für

öffentliche Investitionen und setzt den falschen Anreiz. Es soll selbst dann auf notwendige Zukunftsinvestitionen verzichtet werden, wenn diese preiswert zu finanzieren sind.“

LINKEN-Co-Vorsitzende Heidi Reichinnek macht deutlich: „Die wahren Schulden, die es im Interesse der nächsten Generationen abzubauen gilt, sind doch marode Schulen und fehlende Kitas, schlechte Internetanbindungen und Mobilfunkempfang aber auch fehlender bezahlbarer Wohnraum und mangelhafter ÖPNV. Sinnvolle und notwendige öffentliche Investitionen, unter anderem auch in eine sozial-ökologische Energie- und Verkehrswende, müssen deshalb Vorrang vor den unsinnigen Vorgaben der Schuldenbremse haben! Ein massives Investitionsprogramm u.a. für sozialen Wohnungsbau und den Ausbau der öffentlichen Schulen, Kitas und Hochschulen ist durchaus machbar. Dafür braucht es statt der Schuldenbremse jedoch endlich ein gerechtes Steuersystem, das Reichtum und große Vermögen endlich vernünftig besteuert. Hier sollte sich die Landesregierung lieber dafür engagieren, eine gerechte Vermögenssteuer einzuführen. Es ist endlich an der Zeit, von oben nach unten umzuverteilen und die Reichen und Vermögenden angemessen an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen.“

Corona-Krise:

► Keine Aufweichung bei Ruhe- und Arbeitszeiten in der Pflege

LINKE Niedersachsen kritisiert Allgemeinverfügung zur Durchführung des Arbeitszeitgesetzes

Klammheimlich werden erneut die geltenden Höchstarbeitszeiten für Beschäftigte in Krankenhäusern und Pflegeheimen per Allgemeinverfügung aus-

gehebelt. Gleichzeitig inszeniert Sozialministerin Reimann (SPD) ihre Aufrufe medial, wieder stärker die Möglichkeit der Arbeit im Home-Office zu nutzen. „Nicht erst seit Corona gehen die Pflegekräfte in unserem Land auf dem Zahnfleisch. Und während die großspurig angekündigte Corona-Zulage noch immer nicht auf den Konten der Beschäftigten eingegangen ist, werden nun die Arbeitszeiten für Beschäftigte in der Pflege noch mal ausgeweitet und die Ruhepausen gekürzt. Das ist doch absurd!“, kritisiert Lars Leopold, Landesvorsitzender der niedersächsischen LINKEN, das Vorgehen des Landes.

Pia Zimmermann, pflegepolitische Sprecherin der

Bundestagsfraktion DIE LINKE, pflichtet ihm bei: „Die Leidtragenden dieser falschen politischen Entscheidung sind neben den Beschäftigten in der Kranken- und Altenpflege auch die Patientinnen und Patienten sowie die Menschen mit Pflegebedarf. Um dem Personalmangel in der Pflege wirkungsvoll zu begegnen, müssen Anreize geschaffen werden, die bundesweit rund 400.000 ausgebildeten Fachkräfte zurückzugewinnen, die ihren Beruf aufgrund mieser Arbeitsbedingungen und schlechter Entlohnung aufgegeben haben. Dafür braucht es eine allgemeinverbindliche tarifliche Entlohnung, verlässliche Dienstpläne und bedarfsgerechte Personalschlüssel. Stattdessen werden die letzten noch im Job verbliebenen Kräfte verheizt.“

Leopold ergänzt: „Ganz besonders in der Altenpflege sind allgemeinverbindliche Tarifverträge erforderlich. Zur Finanzierung werden kurzfristig Steuermittel, mittel- und langfristig eine solidarische Pflegevollversicherung unumgänglich sein. Das müssen uns die viel beschworenen ‚Heldinnen und Helden der Corona-Krise‘ wert sein.“



Seesen. Asklepios antwortet auf Streik für Tarifvertrag mit Schließung. ver.di und DIE LINKE fordern Rekommunalisierung. Eine notwendige Zukunftsinvestition, damit Belegschaften nicht wehrlos sind!

Rotes Zentrum e.V.

im Lieschen-Vogel-Haus · Lange-Geismar-Straße 2 · 37073 Göttingen

Mail: rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

Unser Spendenkonto und das aktuelle Veranstaltungsprogramm senden wir auf Anfrage gerne zu



Querfront –

Die unauffällige Vereinnahmung durch rechts

Frage: Von wem stammt dieses Zitat?
(Auflösung unten *)

„Die alles entscheidende Frage bleibt, ob und gegebenenfalls wie sich Deutschland aus der Umklammerung durch die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, insbesondere der USA, befreien kann, aus dieser Zwangslage, die ihren Anfang 1945 genommen hat, als damals die Weichen gestellt wurden. Dazu findet sich in der deutschen Politik nach wie vor kein auch nur halbwegs überzeugender Ansatz.“

Die 'Montagsmahnwachen' vor einigen Jahren, 'Pegida' und ähnliches Pack gegen alles „Undeutsche“, jetzt die 'Corona-Rebellen' und die 'Querdenker' – und immer wieder hört man dabei „Wir sind nicht rechts, wir sind nicht links“ (...) Statt Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung ein diffuses „Wir“-Gefühl, eine Art „Volks-gemeinschaft“? Viele, zuvor wenig politisierte Menschen, dazwischen ein paar FaschistInnen, die ihre Gelegenheit wittern. Aber ist dies wirklich so einfach? Was ist 'Querfront' eigentlich und woran kann man sie erkennen?

War es in den 1930er Jahren noch relativ einfach, als Teile der Nazis, bes. die

Brüder Strasser, im Interesse von Teilen der deutschen Bourgeoisie (bes. der Chemieindustrie) ein Bündnis von faschistischen und halbfaschistischen Gruppen einerseits und KommunistInnen andererseits kreieren wollten – ein Versuch, der kläglich scheitern mußte –, so stellt sich die Situation heute anders dar, weniger einfach. Oder anders formuliert: Wo hört bei all den EsoterikerInnen, VorschörungstheoretikerInnen oder sonstwie völlig Diffusen das „normale Irresein“ auf, wo beginnt die „Querfront“?

Einige Merkmale gibt es: Regelmäßig heißt es auf solchen Veranstaltungen, die Begriffe „links“ und „rechts“ hätten in der politischen Auseinandersetzung keine Gültigkeit mehr, sie seien überholt und dürften deshalb keine Rolle mehr spielen (...) Also „lechts“ = „links“? Totalitarismustheorie andersherum? Fortschrittliche demokratische und sozialistische Bewegungen gemeinsam mit rückschrittlichen, reaktionären? Und wenn dann doch mal Menschen fordern, erkennbare FaschistInnen der Demo/Kundgebung zu verweisen, dann sind sie es, die „das Maul halten“ sollen! Dazu kommt (nicht immer) ein starker Antiamerikanismus (das Bild

Rotes Zentrum im Dezember

Ausstellung zum Putsch gegen die sozialistische Regierung Salvador Allendes 1973.

Anlass der Ausstellung und einer ursprünglich geplanten Veranstaltung ist der 50. Jahrestag des Wahlsieges der Unidad Popular in Chile im September und Oktober 1970. Gezeigt werden zahlreiche Bilder, Originalstücke und Erläuterungen. Organisiert und gestaltet ist das Schaufenster im Roten Zentrum durch die Partei Die Linke.

Deutschlands als Vasall der USA) und Antisemitismus sowie eine allgemeine Fremdenfeindlichkeit. Alles pseudoanknüpfend an realen Sorgen und Ängsten vieler Menschen.

Einige Namen, die in diesem Zusammenhang immer wieder auftauchen, sind Ken F. Jebsen, compact, Rubikon, aber auch der Sarrazinkumpel Lafontaine, die Nachdenkseiten ...

Nutznießler solcher Aktivitäten ist die deutsche Bourgeoisie, deren Interessen kaum hinterfragt werden und deren Tun in den Hintergrund tritt. Deshalb dürfen Linke aller Couleur nicht vergessen:

Der Haupteind steht im eigenen Land und heißt deutscher Imperialismus – das ist zu propagieren und auf dieser Grundlage ist zu arbeiten, weil alles andere den Chauvinismus fördert und dem deutschen Imperialismus gegen seine Konkurrenten hilft.

Die Veranstaltung am 13. Nov. mußte leider krankheitsbedingt ausfallen, sie soll aber im Dezember oder zu Beginn nächsten Jahres nachgeholt werden. Das Thema bleibt aktuell!

*Wolfgang Bittner 2018
in den 'Nachdenkseiten'
<https://www.nachdenkseite.de/?p=47023>





Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

► Auftakt zur Kommunalwahl

Mit ihrer ersten Kommunalpolitischen Konferenz haben die Göttinger Linke und DIE LINKE ihre Programmdiskussion zur Kommunalwahl am 12. September 2021 begonnen. Dabei wurden insgesamt neun Arbeitsgruppen vorgestellt, die alle wesentlichen Politikfelder abdecken. Auf zwei weiteren für den 30.01. und 20.03.2021 geplanten Kommunalpolitischen Konferenzen sollen die Ergebnisse diskutiert und beschlossen werden.

In ähnlicher Weise war die Diskussion zur Kommunalwahl 2006, 2011 und 2016 organisiert worden. Leider wurde coronabedingt die Veranstaltung nur verkürzt durchgeführt, so dass anders als früher auf Stellungnahmen externer Expert*innen verzichtet werden musste.

Vorstellung der Arbeitsgruppen:

1) Starke Kommunen durch ausreichende Finanzierung

Anhand der unzureichenden Finanzierung der Kommunen betonte Edgar Schu die notwendige Verknüpfung des Kommunal- mit dem Bundestagswahlkampf. Kommunen sind häufig überschuldet und „Entschuldungshilfe-Pläne“ des Landes regelmäßig an Bedingungen wie beispielsweise Kürzungen bei den Zuschüssen für soziale, kulturelle oder ökologische Einrichtungen sowie Personalabbau gekoppelt. Der Versuch, eine Gewinnausschüttung der kommunalen Sparkasse(n) zur Entlastung zu erreichen, scheiterte.

Ansprechpartner: Edgar Schu,

Tel. 0551-20190386,

E-Mail: edgar.schu@goettinger-linke.de

2) Wohnen als Grundrecht und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge

Tom Österreich wies auf den ständigen Rückgang von preisgünstigem Wohnraum in Göttingen hin. Dabei sei das auch Wohnungskonzerne umfassende „Bündnis für bezahlbares Wohnen“ eher kontraproduktiv. Nicht hinzunehmen sei, dass die Stadt sich dem Mietspiegel und damit dem Instrument der Mietpreisbremse verweigere.

Ansprechpartner: Thomas Österreich,

Tel. 0151-54722432,

E-Mail: tom-oesterreich@posteo.de

3) Sozialpolitik

Bei der kommunalen Umsetzung von Hartz IV und der Grundsicherung sehen Jo Bons und Andreas Gemmecke die Einführung einer Sozialcard, Kosten der Unterkunft und die Sanktionen gegenüber Leistungsbeziehern als Schwerpunkte an. Die Arbeit unabhängiger Beratungsstellen muss gesichert werden. Neben der Kinderarmut soll auch die Altersarmut stärker berücksichtigt werden.

Zur Beschäftigtenpolitik muss weiterhin eine Zusammenarbeit mit Personalräten stattfinden. Die Kommune sollte Aufträge ausschließlich an Firmen vergeben, die nach Tarif zahlen.

Ansprechpartner:

Joachim Bons, Tel. 0551-31071,

E-Mail: jbons@gwdg.de und

Andreas Gemmecke, Tel. 0551-61401/0151-14444619,

E-Mail: andreas_gemmecke@online.de

4) Inklusion und Behindertenpolitik

Kristina Schulz und Gunnar Siebecke betonten, dass Inklusion als „Teilnahmemöglichkeit eines jeden an allem“ eine Querschnittsaufgabe sei.

Ansprechpartner*innen:

Kristina Schulz, Tel. 0162-4926920,

E-Mail: schulz@wr-deutschland.de und

Gunnar Siebecke, Tel. 0551-93435,

E-Mail: g.siebecke@web.de

5) Schule, Kinder- und Jugendpolitik

Christa Siebecke stellte die schwierige Situation von Kindern und ihrem Lebensumfeld heraus. Dies betrifft die Familie, Bildungseinrichtungen, Freiräume und die Auswirkung der Corona-Beschränkungen.

Im Bereich Schule sind Inklusion, Digitalisierung, Sanierung von Schulbauten Schwerpunkte. Hinzu kommt die Forderung, die IGS als Regelschule einzuführen.

Auch das Thema Universität soll behandelt werden.

Ansprechpartner/innen:

Christa Siebecke, Tel. 0551-6336027,

E-Mail: ch.siebecke@web.de

und **Rolf Ralle,** Tel. 0551-796275,

E-Mail: hoorsalle@arcor.de

Kontakte:

Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke

Rotes Zentrum,

Lange Geismarstraße 2

37073 Göttingen

www.goettinger-linke.de

E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Dr. Eckhard Fascher, Sabine Klohn

Oliver Preuß, Bärbel Safieh.

Dr. Christian Schüler, Christa Siebecke

Kassierer:

Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke

im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)

Hiroshimaplatz 1-4

37083 Göttingen

Telefon: 0551- 400 2347

goelinke-alg-gruppe@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo: 9:00 – 12:30 Uhr

Di: 13:00 – 17:00 Uhr

Mi: 14:00 – 17:00 Uhr

Do: 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Rolf Ralle (Fraktionsvorsitzender)

Bärbel Safieh

Edgar Schu

6) Ökologie

Eckhard Fascher betonte, dass Maßnahmen zur Durchsetzung des Klimaschutzes mit dem Festhalten am Ausstieg aus der Atomenergie und dem Ausbau des ÖPNV verknüpft werden müssen. Beim Naturschutz zeige sich die Stärke von Lobbyinteressen gegenüber dem Allgemeinwohl.

Ansprechpartner: Eckhard Fascher,

Tel. 0551-40137061/ 0152-32077973,

E-Mail: eckhardfascher@web.de und

Christian Schüler, Tel. 05508-8159,

E-Mail: cschueler2015@gmail.com

7) Kultur und Sport

Jost Lessmann und Oliver Preuss forderten Planungssicherheit für kleinere Theater und Kulturinitiativen sowie einen Kulturrat der Kulturschaffenden mit Kommunalpolitikern.

Beim Sport soll Teilhabe für Alle ermöglicht werden.

Ansprechpartner: Jost Leßmann;

Tel. 0162-6054607, E-Mail: jostup@web.de

und **Oliver Preuß,** Tel. 0179-7322549,

oliverpreuss@endoryan.de

(...) weiter auf Seite 12

Unser Antrag für die Ratssitzung am 13.11.2020

Wiederherstellung des Bürgerservice in den Ordnungsbehörden

Das Dezernat für Ordnung wird aufgefordert schnellstmöglich ein Konzept vorzulegen, wie der Bürgerservice wieder in einen für die Bürger funktionierenden Zustand versetzt wird. Dabei ist darauf zu achten, dass auch Menschen ohne Online-Zugang in der Lage sein müssen in angemessenen Fristen einen Termin zu bekommen.

Begründung:

Die aktuelle Wartezeit für die An- oder Ummeldung im Einwohnermeldeamt beträgt – Stand 29.10.2020 – mehr als 10 Wochen, sprich: wer jetzt einen Termin bei der Meldebehörde buchen will, bekommt keinen mehr in diesem Jahr. Bei der KFZ-Zulassungsstelle bekommt man aktuell in 14 Tagen einen Termin. Ein problematischer Zustand, für den zu Beginn der Pandemie im Frühjahr aufgrund der neuen Herausforderung vielleicht noch Verständnis gefunden werden konnte, der inzwischen aber längst beseitigt sein sollte.

Aus dem Einwohnermeldeamt ist zu hören, dass die Bediensteten komplett ausgelastet seien. Das Problem sei die Besetzungstärke. Die Hälfte der Kolleg*innen sei für den Ordnungsdienst im Außenbereich abgezogen worden, also zur Überprüfung, ob die aufgrund Corona angeordneten Maßnahmen eingehalten werden. Wir wollen hier nicht in Frage stellen, ob die Überprüfung der Einhaltung der Maßnahmen sinnvoll ist, sondern wir problematisieren die Tatsache, dass das zu Lasten des Bürgerservice gehen soll. Teilweise bekommen Bürger Strafandrohungen, wenn sie ihren Ausweis nicht zeitig verlängern. Auch wenn dies per Anweisung an die Sachbearbeitung, dass der entsprechende Textbaustein geändert und Fristen deutlich kulanter gehandhabt werden sollten, geheilt werden könnte, würden gravierende Probleme bestehen bleiben: Bei manchen Bürger*innen hängt eine Arbeitsstelle von der Bestätigung der Anmeldebehörde ab und für viele weitere Lebenssituationen hängen erfolgreiche Abläufe von einer verlässlichen Arbeit des Bürgerservice ab. Die derzeitige gravierende Einschränkung der Arbeit des Bürgerservice darf nicht länger so bleiben. Schon in der Sitzung des Finanzausschusses vom 8. September wurde darüber gesprochen, dass auch für Menschen ohne Onlinezugang ein Zugang zum Bürgerservice möglich sein müsse. Dieses Problem hat sich nach unserer Kenntnis inzwischen noch verschärft. Denn auch Menschen mit Onlinezugang bekommen erst nach vielen Wochen einen Termin. Wir halten es daher für notwendig, dass die Verwaltung schnellstmöglich die ausgebildeten Fachkräfte aus dem Einwohnermeldeamt und der Zulassungsstelle wieder an ihren Arbeitsplatz bringen sollte. Für die erwähnten Aufgaben im Außendienst muss mehr Personal eingestellt werden, auch wenn diese Stellen zunächst nur befristet sein sollten.

Kontakt Daten

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
[goeLinke-
Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

Fraktionsmitarbeiter:
Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
Di: 13:00 - 17:00 Uhr
Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
Do: 13:00 – 17:00 Uhr

Einbringung in der Ratssitzung

Schon in der Finanzausschusssitzung vom 8. September sprachen wir über den Zustand, dass Bürger ohne Internetzugang, die also einfach zum Neuen Rathaus kommen, meist keine Möglichkeit haben, einen Termin z.B. im Einwohnermeldeamt zu bekommen.

Herr Melzer teilte im Namen des Ordnungsamts damals mit, dass das nur Einzelfälle sein könnten und dass dies in Zukunft nicht mehr vorkommen solle. Jeder solle einen Termin bekommen können, auch ohne Internetzugang müsse das möglich sein. Inzwischen hat sich die Situation aber verschärft: Auch Leuten mit Internetzugang wird per Eingabe-Maske schon seit Wochen mitgeteilt, dass sie z.B. in diesem Jahr keinen Termin mehr für die Beantragung eines Personalausweises bekommen.

Wir haben nun erfahren, dass die Ursache in der absolut dünnen Personaldecke des Bürgerservice liege. Das wiederum liege daran, dass Mitarbeiter vieler Fachdienste für die Umsetzung der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie als Verstärkung eingesetzt werden. So z.B. im Rahmen des Stadtordnungsdienstes, der in der Stadt z.B. die Einhaltung der Maskenpflicht überwacht und im Gesundheitsamt zur Kontaktnachverfolgung. Nachdem diese Informationen über die Ursachen des zurzeit nicht wirklich funktionierenden Bürgerservice vorliegen, möchten wir also vor allem eines vorschlagen:

Die Verwaltung sollte prüfen, ob es nicht möglich ist, neue Kräfte einzustellen und anzulernen, welche die Arbeit im Stadtordnungsdienst und im Gesundheitsamt leisten können. Es sollte also festgestellt werden, welche Qualifikationen und evtl. welche Form der Einarbeitung für eine Tätigkeit in der Kontaktnachverfolgung im Gesundheitsamt notwendig ist, um hierfür vorübergehend neue Kräfte einstellen zu können. Unsere spezialisierten Fachkräfte aber, deren Arbeit für den Bürgerservice eine jahrelange Ausbildung voraussetzt, sollten möglichst zügig wieder genau dort, im Bürgerservice, eingesetzt werden, um ihn wieder in einen voll funktionsfähigen Zustand zurück zu versetzen.

Ein funktionierender Bürgerservice ist für die Einwohner von Göttingen in den unterschiedlichsten Lebenssituationen absolut unentbehrlich. Von einer ordnungsgemäßen Anmeldung oder einem gültigen Personalausweis kann eine Anstellung, der Aufenthaltsstatus, eine Wohnung etc. abhängen.

- Der Antrag wurde in den dafür zuständigen Ausschuss überwiesen.

(...) Fortsetzung „Wohnungsnot“ von Seite 1

Stattdessen müssen Menschen mit niedrigen Einkommen ihre „Unterkunft“ auf dem freien Wohnungsmarkt suchen. In Fachkreisen nennt man diese Entwicklung Subjekt- statt Objektförderung: Die öffentliche Hand gibt nicht mehr Geld für Objekte, also zu bauende und instand zu haltende Miethäuser aus, sondern weist den Menschen (den Subjekten) Geld zu, damit sie damit die Miete bei (meist) privaten Vermietern bezahlen können.

Gerade das hat zu den Auswüchsen geführt, die oben als Ghettoisierung beschrieben sind. Diese Entwicklung ist sowohl zum Leidwesen der Menschen, die in diesen Verhältnissen leben müssen als auch der öffentlichen Kassen, die durch Immobilienbesitzer mit hohen Kosten für diese Leistungen geschröpft werden. Die Durchschnitts-Quadratmetermieten sind auch dadurch für alle gestiegen.

Kommunaler Wohnungsbau ist nötig, aber wird verfehlt

Es lässt sich kaum aufzählen, in wie vielen Punkten die Göttinger Kommunalpoli-

tik ein Wiedererstarken des kommunalen Wohnungsbaus verfehlt. Die Städtische Wohnungsbau GmbH (SWB) könnte eigentlich ein leistungsfähiges Instrument sein. Sie baute alleine nach ihrer Gründung 1960 in viereinhalb Jahren 2.000 Wohnungen. Heute sind es im Schnitt 40 Wohnungen pro Jahr. Aber die SWB hat auch in den letzten Jahren jährlich ca. 3 Mio. Euro Gewinn gemacht. Sie gehört zu 85 % der sogenannten Beteiligungsgesellschaft zwecks Finanzierung der Kreisvolkshochschule und zu 15 % der Göttinger Sparkasse. Sie schüttet in der Regel Gewinne aus. Tatsächlich! Mit dem Bau, der Verwaltung und Vermietung ihrer Wohnungen kann die SWB Gewinne machen. Aber statt daraus die Konsequenz zu ziehen, dass es eine richtige Idee ist, Geld aufzunehmen, viele Wohnungen und vor allem im günstigen Mietsegment dazu zu bauen, die Kredite aus den Einnahmen dann locker zurück zu zahlen und auch mit den Gewinnen noch weitere Wohnungen bauen zu können, verfolgt sie angeblich eine noch

vorsichtigere Geschäftspolitik: Um sicher Gewinne an ihre Gesellschafter ausschütten zu können, baut sie nur wenige Wohnungen, davon einen großen Teil nicht im bezahlbaren Segment, und ist angesichts ihrer dünnen Personaldecke und ihren sonstigen Arbeitsmöglichkeiten mit der kleinen Zahl von ihr neu gebauter Wohnungen angeblich voll ausgelastet. Der Nebeneffekt dieser Geschäftspolitik ist, dass der Göttinger Wohnungsmarkt sich nicht entspannt, sondern so überhitzt bleibt, wie er schon seit Jahrzehnten ist. Die Immobilienwirtschaft freut sich und zwischen manchen derer Vertreter und Mitgliedern der einen oder anderen Ratsfraktion gibt es einen sehr guten Draht, bis hin zu anwaltlichen Mandaten.

Immerhin zeigt die Kreiswohnbau, dass es - auch in der direkten Umgebung von Göttingen - auch anders geht: 100 % der Wohnungen als bezahlbarer Wohnungsbau.

Edgar Schu

**Leserbrief
an die Göttinger Blätter**

Liebe RedakteurInnen,
als ich die Göttinger Blätter 11 2020 durchlas, traute ich meinen Augen nicht. Auf Seite 12 stand ein Protest gegen einen Gastkommentar von Wolfgang Bittner, der in der Ausgabe des Vormonats erschienen war.

Der Protest ist geschrieben worden namens der VVN - BdA Göttingen. Verfasst haben diesen Protest laut Text die Sprecher der Kreisvereinigung. Die Mitglieder der Kreisvereinigung wurden vor der Veröffentlichung nicht befragt oder informiert.

Wenn es sich um eine Nebensächlichkeit gehandelt hätte, wäre das nicht der Rede wert gewesen. Da dieser Protest allerdings ein Sammelsurium von Unterstellungen beinhaltet und der Autor ein langjähriger Kollege aus der Gewerkschaft ver.di ist, dem hier alle möglichen Zusammenhänge unterstellt werden, die mit seinem Gastkommentar nichts zu tun haben, mag ich diese Handlungsweise nicht hinnehmen.

Auf den „Nachdenkseiten“, in der Zeitschrift „ossietzky“, in der Neuen Rheinischen Post oder seinen Büchern hat Wolfgang Bittner sicher seine Positionen dargelegt und Positionen vertreten, die oft auch mit Positionen der VVN - BdA übereinstimmen.

Die Frage muss offen gestellt werden, warum nun solche Angriffe auf Bittner geschrieben werden. Hat er zu wenig „america first“ gepredigt oder die „führende Rolle“ der BRD in der NATO nicht anerkannt?

Als VVN - BdA haben wir genug damit zu tun, uns gegen die Rechtskräfte in Deutschland, Europa und der Welt zu stellen und Unterdrückung und Rassismus zu bekämpfen.

Nicht zuletzt gehört auch solidarische Hilfe für Cuba und Venezuela dazu.

*Peter Dürrbeck
(seit über 65 Jahren Mitglied der VVN)*

(...) Fortsetzung „Auftakt zur Kommunalwahl“ von Seite 10

8) Geschlechtergerechtigkeit geht alle an!

In ihrem verlesenen Beitrag sieht Bärbel Safieh Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsthema. Die Förderung für Mädchen, Frauenarbeit und Frauenprojekte muss immer wieder erkämpft werden. Auch die Verhinderung der Diskriminierung von homosexuellen, bisexuellen, transsexuellen, intersexuellen oder queeren Menschen (LGBTQI) ist Thema.

Ansprechpartnerin: Bärbel Safieh,
Tel. 0551-90036266,
E-Mail: bsafieh@web.de

9) Solidarität auf allen Ebenen

Zu dieser Arbeitsgruppe gehören die Themenkomplexe Antifaschismus, Förderung der Erinnerungskultur, Flüchtlings- und Migrationspolitik sowie Frieden und internationale Solidarität. Im Bereich Friedenspolitik wurden in der Diskussion deutliche kommunale Bezüge gesehen: So wird die Beteiligung der Bundeswehr am jährlichen Göttinger Berufsinformationstag GöBIT und Werbung für diese im Göttinger Stadtbild abgelehnt.

Ansprechpartner: Peter Strathmann,
Tel. 0551-7701767,
E-Mail: peter.strathmann@goettingerlinke.de

Zusätzlich soll auch die Drogenpolitik aufgrund der gesellschaftlichen Relevanz des Themas in das Programm aufgenommen werden.

Die Arbeitsgruppen werden nach der Konferenz konstituiert. Da das Programm vermutlich recht umfangreich wird, werden einzelne Bereiche in Flyern separat dargestellt.
chsi/ef